



Ecuador

Staatkrise in Ecuador

Wer Pfründe der Polizei in Ecuador antastet, der lebt gefährlich. Diese Erfahrung machte am 30. September 2010 der ecuadorianische Präsident Rafael Correa, als er von rebellierenden Polizisten angegriffen wurde, die gegen ein neues Gesetz protestierten. Der durch nichts zu entschuldigende Polizeiaufstand kostete landesweit sechs Personen das Leben, über 200 weitere Menschen wurden verletzt.

Dass die demokratischen Strukturen und auch die demokratische Kultur der maßgeblichen Politiker und Entscheidungsträger in Ecuador nur äußerst schwach ausgeprägt sind, wurde und wird in den letzten Tagen wieder eindrucksvoll unter Beweis gestellt. Kaum ist die akute Gefahr der Unregierbarkeit des Landes abgewendet, da kochen auch schon aus politischen Ecken die Verschwörungs- und Konspirationstheorien hoch. Leider wieder einmal an der Spitze der Verschwörungstheoretiker steht Staatspräsident Correa selbst, der seinen eigenen Vorgänger Lucio Gutierrez als Drahtzieher eines Komplotts zum Umsturz sieht.

Die Opposition wiederum beschuldigt den Staatspräsidenten, die Situation absichtlich eskaliert haben zu lassen, um jetzt – getragen von einer neuen Welle der Popularität und der internationalen Solidarität – das Parlament auflösen zu wollen, und dann bequem für ein paar Monate per Dekret regieren zu können.

Für viele ausländische Beobachter scheint zumindest etwas offensichtlich: Die Ereignisse bestätigen einmal mehr ein fast totales Versagen der gesellschaftlichen und politischen Eliten des Landes (egal ob Opposition oder Regierung) angesichts einer politischen Krise.

Was hat die Krise verursacht?

Der Auslöser der Krise war ein von der Regierung geplantes neues Gesetz über den öffentlichen Dienst. Das Gesetz sah vor, den staatlichen Bediensteten – und darunter zählen auch Angehörige der Polizei und des Militärs – eine Reihe von Boni und Sonderzahlungen zu streichen. Diese sollten zumindest teilweise durch eine reguläre Lohnerhöhung ausgeglichen werden. Unter dem Strich ist es zwar richtig, dass die neue Gesetzeslage finanzielle Nachteile für alle Angestellten im öffentlichen Dienst mit sich bringt.

Allerdings muss man auch wissen, dass die undurchschaubaren Regelungen für Bonus- und Sonderzahlungen ein Einfallstor für Korruption und Vetternwirtschaft waren. Ernstlich konnte eigentlich niemand an der dringenden Notwendigkeit einer Reform dieser Regelung zweifeln. Und das Vorhaben der Regierung Correa, diesen Sumpf trocken zu legen, war richtig.

Dass es Widerstand geben würde, war auch allen Beteiligten klar. Nur die Form und die Heftigkeit der Reaktion überraschten und überrumpelten die gesamte politische Klasse sowie die nationale Führung von Polizei und Militär.

Der Ablauf der Krise:

Am 29. September hatte die ecuadorianische Nationalversammlung das neue Gesetz für den öffentlichen Dienst ratifiziert¹.

Der Protest begann am folgenden Tag. Viele Polizisten, nicht nur in Quito sondern landesweit, verweigerten den Dienst und gingen aus Wut auf die Straße. Sie zündeten Autoreifen an und blockierten Hauptverkehrswege. In der größten Stadt des Landes, in der Hafenstadt Guayaquil, kollabierte von einer Minute auf die andere die Sicherheit in der Stadt. Es kam zu Einbrüchen, sogenannten Express-Entführungen und zu Überfällen auf Banken und Personen. Auch in Quito und der drittgrößten Stadt des Landes, Cuenca, sorgte die fehlende Präsenz der Polizei in den Straßen für Unsicherheit und Überfälle. In Quito und in Latacunga, einer kleineren Stadt südlich von Quito, übernahmen protestierende Soldaten der Luftwaffe die Kontrolle über die Flughäfen; der Flugbetrieb musste eingestellt werden.

Zum Zentrum des Protestes entwickelte sich recht schnell die zentrale Kaserne des Polizeiregiments Quito im Norden der Stadt. Dort versammelten sich mehrere Hundert demonstrierende Polizisten und forderten zunächst die Absetzung ihres eigenen Chefs, des Polizeigenerals Freddy Martínez. Die Demonstranten unterstellten diesem, sich nicht für die Belange der Polizisten eingesetzt zu haben. Von einem Staatsstreich sprach zu diesem Zeitpunkt noch niemand. Allerdings war die Stimmung unter den Polizisten aufgeheizt; den umstrittenen General Martínez ließen die protestierenden Polizisten erst gar nicht zu Wort kommen.

Eskaliert ist die Situation in Quito als Präsident Rafael Correa in der Kaserne auftauchte und zu den demonstrierenden Polizisten sprechen wollte. Doch Correa wurde – für ihn ungewöhnlich – ausgebuht und ausgepiffen. In der Sache zeigte sich Correa unnachgiebig und stellte klar, dass mit ihm eine Revision oder Rücknahme des Gesetzes nicht zu machen sei. Von einer De-Eskalationsstrategie konnte bei Correas Auftritt keine Rede sein. Im Gegenteil: Der für seine Wutausbrüche berühmte Correa verlor wieder einmal die Beherrschung und beschimpfte im Gegenzug die Demonstranten. Schließlich kam es sogar zu Handgreiflichkeiten gegen den Präsidenten, der nur mit minimalem Personenschutz zur Kaserne gefahren war. Der Präsident wurde durch Tränengas und Hiebe verletzt und musste von seinen Leibwächtern gestützt in ein Auto flüchten.

Correa wurde daraufhin in ein benachbartes Polizei-Krankenhaus (!) gebracht. Dort wurde der Staatsoberhaupt behandelt. Und ab diesem Zeitpunkt werden die Dinge unübersichtlich. Fakt ist, dass um circa ein Uhr der Ausnahmezustand erklärt wurde. Alle Radio- und Fernsehsender im Land wurden daraufhin gleichgeschaltet und mussten das staatlich kontrollierte Programm übermitteln². Ab diesem Zeitpunkt machten auch die Gerüchte von einem Staatsstreich die Runde. Es hieß, Correa werde als Geisel in dem Krankenhaus gehalten. Nach den Ereignissen des Wochenendes gaben Angestellte des Krankenhauses zu Protokoll, der Präsident sei zu keinem Zeitpunkt gegen seinen Willen im Krankenhaus festgehalten worden. Correa konnte vom Krankenhaus aus mit ausländischen Staatsoberhäuptern, mit seinem Vize-Präsidenten Moreno, seinem Außenminister Patiño und weiteren Verbündeten telefonieren und sich besprechen. Zu keinem Zeitpunkt übernahm der in Guayaquil weilende Vizepräsident offiziell die Regierung, was er bei einer Geiselnahme des Staatspräsidenten eigentlich automatisch hätte tun müssen. Vielmehr konnte Correa auch per Telefon Interviews geben und dabei kundtun, er werde das Krankenhaus „entweder als Präsident oder als Kadaver verlassen“.

Derweil rief Ecuadors Außenminister vom Präsidentenpalast die Anhänger Correas dazu auf „die Demokratie zu verteidigen“ und zum Polizeikrankenhaus zu marschieren, um „Correa zu retten“.

¹ Ratifiziert im eigentlichen Sinne wurde ein Veto von Präsident Correa, der einer vorherigen Version dieses Gesetzes seine Zustimmung verweigert hatte. Die Streichung der Bonuszahlungen war aber auch in der alten Gesetzesversion schon enthalten gewesen.

² Dieses Vorgehen ist zwar demokratisch mehr als fragwürdig, aber durch Artikel 165 der ecuadorianischen Verfassung gedeckt.

Die beiden Gruppen, die Demonstranten für Correa sowie die meuternden Polizisten, trafen dann auch beim Polizeikrankenhaus aufeinander. Die Polizei setzte Tränengas und Schlagstöcke ein, um die Demonstranten vom Krankenhaus fernzuhalten.

Gegen 21 Uhr am Abend gelang es dann einem Einsatzkommando des Militärs nach einem halbstündigen Schusswechsel mit der Polizei (bei dem zunächst auf Seiten des Militärs lediglich Gummigeschosse verwendet wurden), den Präsidenten aus dem Krankenhaus zu eskortieren und zum Präsidentenpalast zu fahren. Bei dieser Befreiungsaktion kam es auch zu den Toten, die ersten Ermittlungen zufolge alle durch Schüsse aus Dienstwaffen der Polizei ums Leben kamen.

Vor jubelnden Anhängern sprach Correa dann vom Präsidentenpalast aus von einem Tag „tiefer Trauer“ und fragte: „Wie konnten sie [die Polizisten] nur wegen so etwas Banalem [gemeint ist das neue Gesetz über den öffentlichen Dienst] mit der Zukunft des Vaterlandes spielen?“ Gleichzeitig äußerte Correa dort erstmals öffentlich den Verdacht, wonach „die Opposition“, und im speziellen sein Amtsvorgänger Lucio Gutierrez, als Drahtzieher hinter den Vorgängen stecke.

Die politische Beurteilung der Geschehnisse:

Die Reaktionen der Polizisten auf die Reformbeschlüsse sind schlicht unverzeihlich und völlig unangemessen. Die protestierende Polizei hat ihre ureigentliche Aufgabe, den Schutz der Bürger und seiner Repräsentanten, einfach vergessen und eigenmächtig und egoistisch gehandelt. Allein ihre Partikularinteressen waren den Meuterern wichtig. Die Sicherheitslage ihrer Mitmenschen kümmerte die aufständischen Polizisten nicht im Geringsten.

An den Geschehnissen in Guayaquil, wo die Sicherheitslage am prekärsten war, kann man aber auch ablesen, dass die Meuterei keinen politischen Hintergrund hatte, denn sie betraf mit Guayaquil auch die Hauptbastion der konservativen Opposition im Land.

Bedenklich stimmt ebenfalls die abwartende Haltung des Militärs. Teile der Luftwaffe agierten sogar gemeinsam mit der aufständischen Polizei. Zwar steht die Spitze des Militärs hinter Correa, doch besonders in den mittleren Rängen herrscht großer Unmut über die Regierung. Dass es bis in die Abendstunden dauerte, bis ein Einsatzkommando bereit war, den Staatspräsidenten aus dem Krankenhaus zu holen, spricht für sich selbst. Auch die Aussagen einiger Militärs, wonach man „natürlich“ hinter dem verfassungsmäßigen Präsidenten stünde, sich aber gleichwohl „dringend“ für die Rücknahme des Gesetzes einsetze, lässt Zweifel an der absoluten Loyalität der Truppe zu.

Ein Trauerspiel war auch die Reaktion des Parlaments, beziehungsweise das Schweigen desselben zu den Vorgängen. Richtig ist zwar, dass es aufständischen Polizisten am Nachmittag gelang, das Parlamentsgebäude zu besetzen; doch hätten sich die Parlamentarier auch an einem anderen Ort zu einer Krisensitzung zusammenfinden können, um die Meuterei zu verurteilen. Doch weil sich die Abgeordneten untereinander anscheinend noch nicht einmal auf einen Minimalkonsens einigen konnten, blieb eine Reaktion der Legislative auf eine Staatskrise einfach aus. Viele Abgeordnete hielten es für wichtiger, ihre eigene und natürlich einzig wahre Sicht der Dinge unter dem Volk zu bringen, oder sich dem „Zug zur Befreiung des Präsidenten“ anzuschließen.

Die Opposition war von dem Aufstand ebenso überrumpelt wie die Regierung. Und beide Seiten machten keine glückliche und vor allem keine staatstragende Figur.

Auf Seiten der Opposition gab es zunächst sogar Zustimmung zum Protest der Polizisten: Dieser sei „digno“, also würdevoll und angemessen, lautete zum Beispiel eine Stellungnahme aus dem Umfeld der Indígena-Partei Pachakutik. Vertreter der konservativen Opposition forderten noch am Folgetag eine Amnestie für die gesamte Polizei. Auch Vertreter von Links-Parteien, die aber in Opposition zum Präsidenten stehen, forderten den Rücktritt Correas und eine „Einheitsfront“ gegen das beschlossene Gesetz. Uneinigkeit war das Motto der Indígena-Vertreter: Während der

Pachakutik (siehe oben) die Proteste befürwortete, verurteilten Organisationen wie die CONAIE und der Correa-nahe Verband ECUARUNARI die Geschehnisse.

Die Reaktionen auf den Konflikt erfolgten fast ausschließlich aufgrund von politischem Kalkül. Die einen glaubten „was Correa schadet, das nützt uns“, während andere nicht schnell genug „von einem versuchten Staatsstreich gegen die Demokratie“ sprechen konnten.

Die politische Klasse des Landes zeigte sich unfähig, einen in der Art und Weise inakzeptablen Akt des Protestes einhellig zu verurteilen und die politische Debatte über dieses Gesetz oder über die Regierung Correa davon abzukoppeln.

Dazu trug auch die Regierung selbst bei, als sie die Meuterei sogleich zu einem versuchten Staatsstreich durch die Opposition erklärte. Anstatt an die Solidarität aller Demokraten zu appellieren, presste die Regierung alles sofort wieder in ein striktes Schwarz-Weiß-Schema: Wer Demokrat ist, ist für Correa, wer gegen Correa ist, der gehört zu den „Putschisten“. Und es ist auch mehr als ein Körnchen Wahrheit in einem Kommentar in der Correa-kritischen Zeitung „El Comercio“. Dort heißt es sinngemäß: „Wer einen derart konfrontativen, aggressiven und beleidigenden Regierungsstil pflegt, der darf sich eigentlich nicht wundern, wenn andere ebenfalls aggressiv werden.“

Mäßigende Stimmen suchte man an jenem Donnerstag fast vergeblich. Überrascht hat zum Beispiel auch das Schweigen der katholischen Kirche. Als bei den Bürgern hoch angesehene moralische Instanz hätte die Kirche zu Ruhe und Besonnenheit aufrufen können – und hätte damit einen wohltuenden Kontrapunkt zum dissonanten, egoistischen und hoch emotionalen „Diskurs“ der politischen Klasse setzen können. Die katholische Kirche bemüht sich zwar darum, sich aus dem politischen Alltag herauszuhalten und zu politischen Themen nicht Stellung zu beziehen. In einer Staatskrise hätte die Kirche jedoch von diesem im Prinzip guten Grundsatz abweichen müssen.

Zu den wenigen massvollen Stimmen an diesem Tag gehörte ausgerechnet ein ausgemachter Gegner Correas: Der christsoziale Bürgermeister von Guayaquil, Jaime Nebot, war einer der wenigen Spitzenpolitiker, der relativ klar die Methoden des Protestes verurteilte und alle Seiten zu Mäßigung und Ruhe aufrief. Andere Mitglieder seiner Partei hatten sich da weniger rühmlich verhalten.

Neben Nebot rief auch der in Opposition zu Correa (und zu Nebot) stehende Präfekt der Provinz Guayas, Jimmy Jairala, zu Ruhe und Gelassenheit auf.

Mögliche Konsequenzen:

Correa wird vermutlich innenpolitisch gestärkt aus dem Konflikt hervorgehen. Seine Popularitätswerte werden steigen, denn viele Ecuadorianer werden das Auftreten des Präsidenten als „furchtlosen Verteidiger der Demokratie“ belohnen. Ferner zeigt sich schon eine erste „Post-Krisen-Strategie“: Offenbar soll der Aufstand genutzt werden, um einen alten politischen Gegner weiter zu diskreditieren oder gar auszuschalten: Lucio Gutierrez. Der ehemalige Präsident erreichte bei den letzten Wahlen den zweiten Platz hinter Correa und führt über seinen Bruder auch die größte Oppositionsfraktion im Parlament.

Auch beschert die Krise Correa ein weiteres gutes Argument zur Auflösung des Parlaments und allgemeinen Neuwahlen, der sogenannten „muerte cruzada“³. Als Staatspräsident kann Correa unter bestimmten Voraussetzungen (z.B. eine Staatskrise) das Parlament auflösen. Er muss sich aber selbst ebenfalls Neuwahlen stellen. Bis zu den Wahlen können aber einige Monate ins Land gehen. In dieser Zeit könnte Correa per Dekret regieren. Oder aber er könnte auf schnelle Neuwahlen von Parlament und Präsident drängen, um von seinem Popularitätsbonus zu

³ Zu deutsch in etwa: „sich gegenseitig bedingender Tod“

profitieren und sich so eine eigene Mehrheit von getreuen Vasallen im Parlament zu sichern. In der letzten Zeit regte sich nämlich auch in seiner eigenen Fraktion Widerstand gegen so manche Gesetzesinitiative. Und durch Neuwahlen könnte er einige „aufmüpfige Stimmen“ aus seinem eigenen Lager loswerden.

Das Fazit: Eine Staatsoperette mit sechs Toten

„Ich glaube, die üblichen Ambitionierten, die üblichen Verantwortlichen haben das Land international in Misskredit gebracht, und uns so präsentiert wie viele uns sehen wollen: als Operettenrepublik (...).“

Gesagt hat das der ecuadorianische Staatspräsident Rafael Correa, und man wäre geneigt ihm bei diesem interessanten Resumé vorbehaltlos zuzustimmen, wenn er sich nur selbstkritisch mit zu diesem Kreis der „üblichen Ambitionierten“ zählen würde. Darauf wird man allerdings lange warten können.

HERAUSGEBER: CHRISTIAN J. HEGEMER, LEITER IBZ
AUTOR: HENNING SENGER, PROJEKTLEITER ECUADOR
LAZARETTSTRASSE. 33 – 80636 MÜNCHEN
TEL +49/(0)89/1258-369 - FAX+49/(0)89/1258-359
E-MAIL: GRUNDSATZREFERAT@HSS.DE – HOMEPAGE: WWW.HSS.DE
ERSTELLT ANFANG OKTOBER 2010